

Das Bündnis für Arbeit ist tot, die ihm zugrunde liegende Konfusion lebt

von

Heiner Flassbeck

FTD, 7. März 2003

Das Bündnis für Arbeit ist tot. Das ist gut so. Es ist weder ein Bündnis gewesen, noch etwas, das Arbeit hätte schaffen können. Es war lediglich der von vorneherein zum Scheitern verurteilte Versuch, eine alte Vorstellung in die moderne Welt zu retten. Was als Schillers konzertherte Aktion vor 40 Jahren begann konnte nicht als Bündnis für Arbeit enden. Inzwischen regiert nämlich ein Paradigma die Wirtschaftspolitik, das, ob erfolgreich oder nicht, ohne jede Absprache zwischen den großen Gruppen auskommt.

Die konzertierte Aktion der sechziger Jahre hatte einen Sinn, weil sie tatsächlich einen Vertrag schließen wollte, genauer, ein Bündnis zwischen den Gewerkschaften auf der einen Seite und der Wirtschaftspolitik auf der anderen. Die Arbeitnehmervertreter sollten Maß halten, also Lohnabschlüsse vermeiden, die weit über den Produktivitätszuwachs hinausgingen. Im Gegenzug würde die Wirtschaftspolitik für hohes Wachstum und Vollbeschäftigung sorgen. Die Arbeitgeber brauchte man dazu überhaupt nicht, eher schon ein paar Sachverständige, die den Gewerkschaften erklärten, welche Reallohnzuwächse inflationsneutral durchzusetzen sind.

Das war ein zentrales Problem des Schröderschen Bündnisses: Die Arbeitgeber hatten und haben prinzipiell keine politische Funktion, weil sie substantiell nichts einbringen können. Kein Verbandsfunktionär kann hunderttausend Firmen dazu verpflichten, in einer bestimmten Weise zu reagieren, wenn man auf politischer Ebene ein Abkommen trifft. Das war früher vollkommen in Ordnung, läßt heute jeden Versuch in Sachen Bündnis aber systematisch scheitern. Früher war das Verhältnis Staat - Gewerkschaften entscheidend, weil letztere durch vernünftiges Verhalten maßgeblich zu Erfolg oder Mißerfolg staatlicher Politik beitragen. Heute ist auch das hinfällig. Wenn alle glauben, die Lohnpolitik sei unmittelbar - also nicht nur via Inflationsproblem - und unabhängig vom Wachstum der Wirtschaft für die Beschäftigung verantwortlich, während die allgemeine Wirtschaftspolitik hier keine Verantwortung trägt, kann der Staat den Gewerkschaften niemals ein Geschäft für die richtige Lohnpolitik anbieten.

Versucht worden ist es gleichwohl. Getragen vom Geist des Bündnisses, das Zwickel als Erster 1995 vorgeschlagen hatte, haben die Gewerkschaften ab 1996 eine massive Lohnzurückhaltung akzeptiert, um die Arbeitslosigkeit direkt zu bekämpfen. Von 1996 bis 2002 ist der Reallohn in jedem Jahr um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte hinter der Produktivität zurückgeblieben. Nominal und real stiegen die Löhne viel weniger stark als in fast allen anderen Ländern. Nun hätten aber die Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze liefern müssen, damit die Rechnung aufgeht und das Bündnis ein Erfolg wird. Die Arbeitgeber aber haben wie früher die Rolle des Besitzers und Mitdiskutierers gespielt, waren jedoch niemals bereit und auch nicht in der Lage, die aktive Rolle in Sachen Vollbeschäftigung zu übernehmen, die der Staat in den 60er Jahren gespielt hatte.

Wäre es nach den Vorstellungen derjenigen Berater gegangen, die diese neue Rollenverteilung vorgeschlagen hatten, dann wäre eine aktive politische Mitarbeit der Unternehmensverbände und mit ihr das ganze Bündnis auch nicht erforderlich gewesen, denn bei Reallohnzuwachsen, die hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben, entstehen in dieser Vorstellungswelt die Arbeitsplätze von alleine und es braucht keine Verbandsfunktionäre, um sie zu verordnen. Leider hat sich diese Welt als nicht existent erwiesen. Die Lohnzurückhaltung hat den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit eher gefördert als verhindert.

In den einschlägigen ökonomischen Lehrbüchern reagieren die Unternehmen auf Lohnsenkung nämlich mit sofortiger Neueinstellung. Was folglich durch geringe Lohnabschlüsse beim Lohn pro Kopf an Realeinkommen **und Nachfrage** verschwindet, entsteht in Form von zusätzlicher Beschäftigung sofort wieder. Die Wirklichkeit ist leider ein wenig komplizierter. Im gleichen Augenblick, in dem bei den Unternehmen die Kostensenkung zu Buche schlägt, spüren sie nämlich auch den Nachfrageausfall von Seiten der Arbeitnehmer, der bei einer Senkung oder Mindersteigerung der Reallöhne unvermeidbar ist. Wie die Unternehmen auf diese Zwickmühle reagieren, konnte man nach 1996 gut beobachten: Die Beschäftigung sinkt weiter, wenn nicht von ganz anderer Seite - wie zeitweise durch den schwachen Euro und den US-Boom - Impulse für das Wachstum kommen.

So ist es zwar gut, daß das Schein-Bündnis tot ist. Es hilft allerdings nichts, wenn nun der alte Stiefel unter anderem Namen weiter ausgelatscht wird. Mit oder ohne Bündnis: Lohnzurückhaltung ist gut, um Übersteigerungen der Wirtschaft in Grenzen zu halten. Lohnzurückhaltung zur Bekämpfung einer Rezession oder nur einer Stagnation ist kontraproduktiv, weil die Unternehmen genau dann die ihnen zuge dachte Rolle nicht übernehmen. Bleiben auch alle anderen untätig bzw. widmen sich den großen Würfeln, den umfassenden Reformkonzepten, den tiefen Schnitten oder den "Masterplänen" zum Sozialabbau, die die konkrete Situation der Unternehmen hier und heute verschlechtern statt verbessern, dann werden wir uns das Bündnis für Arbeit noch zurückwünschen, weil es wenigstens durch die Blockade der Politik das Schlimmste verhindert hat.